

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Sozialausschuss

17. WP - 36. Sitzung

am Donnerstag, dem 10. November 2011, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Christopher Vogt (FDP)

Vorsitzender

Heike Franzen (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Mark-Oliver Potzahr (CDU)

Katja Rathje-Hoffmann (CDU)

Ursula Sassen (CDU)

Wolfgang Baasch (SPD)

Bernd Heinemann (SPD)

Siegrid Tenor-Alschausky (SPD)

Anita Klahn (FDP)

Dr. Marret Bohn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Antje Jansen (DIE LINKE)

Flemming Meyer (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Situation alleinerziehender Mütter und Väter und deren Kinder in Schleswig-Holstein	4
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD Drucksache 17/1043	
2. Situation von Älteren auf dem Arbeitsmarkt	5
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/1427	
3. Kostenübernahme für Gebärdendolmetschung/Landesbeihilfeverordnung	6
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/1767	
4. Schuldner- und Insolvenzberatung stärken	7
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/1332	
5. Beschlüsse des 23. Altenparlaments	8
Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags Umdruck 17/2842	
6. Verschiedenes	8

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Vor Eintritt in die Tagesordnung werden folgende Punkte von der Tagesordnung abgesetzt:

- **Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Mitwirkung der Seniorinnen und Senioren am gesellschaftlichen Leben in Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE, [Drucksache 17/1713](#)

- a) **Zukunftsperspektiven der jungen Generation in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung, [Drucksache 17/1145](#)

b) **Zukunftspolitik statt Perspektivlosigkeit für die Jugend in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 17/1219](#) (neu)

Die insoweit geänderte Tagesordnung wird vom Ausschuss gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Situation alleinerziehender Mütter und Väter und deren Kinder in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD
[Drucksache 17/1043](#)

(überwiesen am 25. Februar 2011 an den **Sozialausschuss**, den Bildungsausschuss und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

hierzu: [Umdrucke 17/2632](#), [17/2636](#), [17/2646](#), [17/2687](#), [17/2714](#), [17/2785](#),
[17/2797](#), [17/2809](#), [17/2812](#), [17/2814](#), [17/2817](#), [17/2818](#),
[17/2819](#), [17/2820](#), [17/2821](#), [17/2828](#), [17/2845](#), [17/2846](#),
[17/2853](#)

Nach kurzer Diskussion verständigt sich der Ausschuss einvernehmlich darauf, in seiner Sitzung am 12. Januar 2012 eine mündliche Anhörung durchzuführen. Anzuhörende sollen gegenüber der Geschäftsführerin bis zum 18. November 2011 benannt werden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Situation von Älteren auf dem Arbeitsmarkt

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 17/1427](#)

(überwiesen am 1. Juli 2011 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

hierzu: [Umdrucke 17/2694, 17/2734, 17/2738, 17/2744, 17/2763, 17/2855, 17/2860, 17/2863, 17/2866, 17/2868, 17/2869, 17/2879](#)

Der Ausschuss verständigt sich darauf, in seiner Sitzung am 9. Februar 2012 eine mündliche Anhörung durchzuführen. Anzuhörende sollen gegenüber der Geschäftsführung bis zum 18. November 2011 benannt werden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Kostenübernahme für Gebärdendolmetschung/Landesbeihilfeverordnung

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/1767](#)

(überwiesen am 16. September 2011 an den **Sozialausschuss**, den Finanzausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: [Umdruck 17/3045](#)

Abg. Dr. Bohn erklärt, angesichts der geplanten Ergänzung des Erlasses über die Beihilfefähigkeit von Kommunikationshilfen sei dem Anliegen des Antrags Rechnung getragen worden. Sie beantrage daher, den Antrag für erledigt zu erklären. Sie hätte es allerdings für erstrebenswert gehalten, wenn eine derartige Regelung auch ohne eine entsprechende Aufforderung durch einen Antrag im Parlament getroffen worden wäre.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig unter dem Vorbehalt des noch ausstehenden Votums des beteiligten Innen- und Rechtsausschusses, den Antrag für erledigt zu erklären.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Schuldner- und Insolvenzberatung stärken

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/1332](#)

(überwiesen am 24. März 2011 an den **Sozialausschuss** und an den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: [Umdruck 17/2430](#)

Abg. Sassen kündigt Ablehnung des Antrags durch ihre Fraktion an.

Abg. Baasch geht auf die Stellungnahme der Schuldnerberatung, [Umdruck 17/2430](#), ein. Darin werde von einem erhöhten Bedarf der Schuldnerberatungsstellen auf der Grundlage der Neuordnung des Glücksspielgesetzes in Höhe von 4,5 Millionen € gesprochen. Dazu bittet er um Stellungnahme der Landesregierung.

Herr Drohm, Mitarbeiter im Referat Wirtschaftlicher und Technischer Verbraucherschutz im MLUR, legt dar, nach dem neu verabschiedeten Glücksspielgesetz werde ein weiterer Prozentsatz am Onlinespielaufkommen für Verbraucherinsolvenzberatung aufgewandt werden. Bestätigten sich die genannten Mehreinnahmen, werde für diesen Zweck künftig ein Betrag von rund 5,3 Millionen € zur Verfügung stehen.

Auf eine weitere Frage des Abg. Baasch legt er dar, Hamburg beabsichtige, eine Bundesratsinitiative zur Einführung des Kontos für jedermann zu starten. Diesen Antrag werde Schleswig-Holstein unterstützen.

Abg. Dr. Bohn macht deutlich, in Gesprächen insbesondere mit Selbstständigen sei ihre Fraktion darauf hingewiesen worden, dass es insbesondere zu dem Punkt 1 des vorliegenden Antrages erheblichen Handlungsbedarf gebe.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW, den Antrag abzulehnen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Beschlüsse des 23. Altenparlaments

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags

[Umdruck 17/2842](#)

Der Ausschuss nimmt die Beschlüsse des 23. Altenparlaments zur Kenntnis und stellt den Fraktionen anheim, politische Initiativen durchzuführen.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, schließt die Sitzung um 14:35 Uhr.

gez. Christopher Vogt

Vorsitzender

gez. Petra Tschanter

Geschäfts- und Protokollführerin